

WIE SIEHT GUTE POLITIKBERATUNG IN KRISENZEITEN AUS?

IN KÜRZE

- Krisen wie die COVID-19-Pandemie stellen Wissenschaft und Politik vor neue Herausforderungen.
- Wissenschaftliche Politikberatung informiert Verwaltung und Politik, ihre Güte und Effizienz hängt von unterschiedlichen Kriterien ab.
- Um Effizienz zu steigern und Vertrauen zu schaffen, muss wissenschaftliche Politikberatung transparent gestaltet sein.
- Gleichzeitig wird Vertrauen während chronischer Krisen gestärkt, wenn vielfältige Perspektiven berücksichtigt werden.
- Um adäquate Beratung zu ermöglichen, ist eine Ausstattung mit ausreichenden Ressourcen unerlässlich.

WORUM GEHT ES?

Während der COVID-19-Pandemie mussten Regierungen ihre Entscheidungen unter großer Unsicherheit und Nichtwissen treffen. Im Rahmen des politischen Krisenmanagements erhielt die Wissenschaft eine zentrale Bedeutung. Sie musste unter Hochdruck Daten generieren und robuste Erkenntnisse produzieren, um politische Entscheidungen zu informieren. Dabei wurde aus akutem politischem Handlungsbedarf zum unmittelbaren Gesundheitsschutz eine zähe und langanhaltende Krise mit vielen dringlichen Handlungsfeldern. Neben gesundheitlichen Aspekten wurden auch psychosoziale und ökonomische relevant. Wie kann Politik in solch komplexen Krisensituationen bestmöglich beraten werden? Was kann die Wissenschaft in unübersichtlichen Situationen, in denen kanonisches Wissen fehlt, leisten? Großbritannien und Deutschland verfügten bereits über

etablierte wissenschaftliche Beratungssysteme, während sich ein solches in Österreich erst im Verlauf der Pandemie professionalisierte. In Großbritannien übersetzt ein Sekretariat der Regierung politische Fragen in wissenschaftliche, zu denen Fachgremien Evidenzen erarbeiten. Ein übergeordnetes Beratungsgremium (Scientific Advisory Group for Emergencies – SAGE) gewichtet diese und formuliert Empfehlungen für die Politik. In Deutschland forscht und berät die Ressortforschung in Gestalt des Robert Koch-Instituts (RKI) zu Infektionskrankheiten. Gleichzeitig meldeten sich unabhängige Beratungsgremien (Leopoldina, Deutscher Ethikrat) zu Wort.



Drei europäische Länder im Vergleich: unterschiedliche Beratungsstrukturen und politische Strategien.

In Österreich befassten sich verschiedene Gremien mit COVID-19, deren Zuständigkeiten sich im Verlauf der Pandemie ausdifferenzierten (u. a. Taskforce oder Corona-Kommission). Die erst Ende 2021 gegründete „Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination“ (GECKO), ein von Kanzler Nehammer einberufenes, unabhängiges Expert:innengremium, stellte eine Zentralisierung der wissenschaftlichen Politikberatung in Österreich dar. Die GECKO organisierte sich intern in verschiedenen Arbeitsgruppen, um die von der Regierung an die Kommission adressierten Fragen möglichst punktgenau zu beantworten. Für Grundsatzkontroversen, etwa über das gewählte Problem-Framing oder die Rolle der beteiligten Disziplinen im Gremium, war daher kein Platz. Auf diese Weise konnte das Reflexionspotenzial etwa der Sozialwissenschaften nicht ausgeschöpft werden.

ECKDATEN

- Projekttitle:** Epistemische Sicherheit – Zur Rolle wissenschaftlicher Expertise in chronischen Krisen (EPISTEMIS)
- Projektteam:** Bogner, A., Buntfuß, P., Fuchs, D., Sinozic-Martinez, T.
- Laufzeit:** 10/2021 – 03/2023
- Auftraggeber:** KIRAS Sicherheitsforschung (BMF)

WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Vergleich zu Großbritannien und Deutschland existierte für die österreichischen Politikberatungsgremien keine institutionalisierte Form der Evidenzbildung. In Großbritannien konnte SAGE über nachgereichte Fachgruppen Evidenzen generieren. In Deutschland griff das RKI auf einen eigenen Forschungsapparat zurück. In Österreich hingegen verlagerte sich der Prozess der Evidenzbildung – mangels entsprechender Ressourcen – in die Freizeit der beteiligten Expert:innen.



Ressourcen: Evidenzbildung darf nicht „Privatsache“ eigenmotivierter Akteure bleiben.

War zu Beginn der Pandemie der ausschließliche Fokus auf den Gesundheits- und Lebensschutz in der politischen Rhetorik (und in Deutschland und Österreich auch in den Maßnahmen) unumstritten, so wurde er im Verlauf der Krise zunehmend in Frage gestellt. Dadurch erhielten andere Aspekte der Krise, wie psychologische oder soziale Auswirkungen der Pandemie bzw. von Maßnahmen mehr Gewicht in der öffentlichen und politischen Debatte. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, vielfältige Stimmen aus der Wissenschaft (Multi- und Interdisziplinarität) als auch aus der Gesellschaft (z. B. Betroffene) in Beratungsprozesse einzubinden.

In allen drei Ländern wurde fehlende Transparenz und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Beratung kritisiert, und zwar sowohl bezüglich der disziplinären Zusammensetzung der Beratungsgremien als auch der konkreten (und zum Teil nicht transparenten) Auswahlverfahren von Expert:innen. In Österreich wurden manche Gremien mit Vertreter:innen sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Verwaltung besetzt, was für unscharfe Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik sorgte. Besonderes Augenmerk muss daher der reflexiven Gestaltung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik gelten. Allerdings: In welcher Form und Intensität die Politik wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Abwägungsprozesse einbezieht, bleibt letztendlich unvorhersehbar.

WAS TUN?

Um wissenschaftliche Politikberatung besser und effizienter zu gestalten, sind mehrere Punkte zentral:

- *Beratung braucht klares Rollenverständnis:* Wissenschaftliche Information und politische Entscheidungsfindung müssen klar getrennt sein. Klare Grenzziehungen und Verantwortlichkeiten verhindern beidseitige Instrumentalisierung.
- *Transparenz schafft Vertrauen:* Auswahl der Berater:innen und die Beratungsprozesse müssen unter Einhaltung klarer Regeln transparent gestaltet sein. Empfehlungen und Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Kommission müssen nachvollziehbar sein, zentrale Beratungsdokumente öffentlich verfügbar.
- *Beratung muss Vielfalt nutzen:* Um den vielfältigen Problemlagen chronischer Krisen erfolgreich zu begegnen, muss wissenschaftliche Politikberatung frühzeitig verschiedene Perspektiven (Disziplinen, Berufs- und Bevölkerungsgruppen) einbinden.
- *Beratung braucht Ressourcen:* Wissenschaftliche Beratung beruht auf belastbaren Daten, Fakten und Evidenzen. Für die notwendige Evidenzbildung, sowie wissenschaftliche Begleitung politischer Interventionen müssen Ressourcen bereitgestellt werden, wie etwa (untergeordnete) Fachgruppen und eine eigene Geschäftsstelle.
- *Beratung braucht Wertschätzung:* Notwendig sind Unterstützungsleistungen im beruflichen Umfeld der Berater:innen, etwa die Reduktion anderer beruflicher Verpflichtungen (z. B. Lehre) und die Vorbereitung auf beratende Tätigkeiten (Kommunikation, Rollenverständnis).

ZUM WEITERLESEN

Bogner, A., Buntfuß, P., Fuchs, D., Sinozic-Martinez, T. (2023): Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten. Eine vergleichende Analyse ihrer Prozesse, Praktiken und Probleme mit Blick auf Österreich, Deutschland und Großbritannien, Abschlussbericht 05-2023, ITA: Wien
pub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/ITA-2024-01.pdf

KONTAKT

Alexander Bogner
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at
Telefon: +43 1 51581-6582

